Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

A 16: Jüdisches Leben im Saarland: Solidarität, Sicherheit, Sichtbarkeit

Der Saarlandtag möge beschließen:

Die Junge Union Saar fordert, dass die Landesregierung ein verbindliches Maßnahmenpaket zur Stärkung jüdischen Lebens im Saarland vorlegt. Es soll mit Zeitplan, Zuständigkeiten und Finanzierung hinterlegt sein und insbesondere umfassen:

1. ein landesweites Förderprogramm für Projekte, Kultur und Begegnung, das jüdisches Leben sichtbar macht;

2. verbindlich verankerte präventive Bildungsarbeit in Schule, Polizei und Landesverwaltung, etwa durch Führungen und Bildungsformate der Synagogengemeinde;

3. gebündelte und besser beworbene Meldestrukturen für antisemitische Vorfälle mit einer jährlichen, transparenten Statistik;

4. landesseitig garantierte bauliche, digitale und personelle Schutzstandards für jüdische Einrichtungen sowie das ausdrückliche Ziel, dass jüdische Gottesdienste künftig ohne dauerhafte Polizeibewachung stattfinden können;

5. die schnelle Beseitigung antisemitischer Beschädigungen und die aktive Unterstützung Betroffener.

Die Junge Union Saar setzt sich dafür ein, dass diese Forderungen in das Regierungsprogramm der CDU Saar zur Landtagswahl 2027 aufgenommen werden.

Begründung:

Die jüdische Gemeinschaft ist aufgrund der hohen Bedrohungslage besonders zu schützen. Einzelmaßnahmen in verschiedenen Politikfeldern reichen dafür nicht aus; es braucht ein abgestimmtes Paket mit klarer Verantwortung. Kippa, Davidstern und jüdische Feste müssen im öffentlichen Raum selbstverständlich gelebt werden können. Das gelingt nur mit klar durchgesetzten Grenzen gegenüber Anfeindungen, sichtbarer Präsenz an Brennpunkten und einer Gesellschaft, die jüdisches Leben kennt und schätzt.

Empfehlung der Antragskommission

O Annahme O Ablehnung O Annahme i.g.F. O Verwiesen an_____

O Erledigt durch _____ O Nichtbefassung wegen Beschlusslage